



## **Kastrationsverbot: Bundestag verschiebt Entscheidung in Fachausschuss!**

Entsetzt sind Tierschützer und Tierschutzorganisationen über die Argumentation der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD, die sich zugunsten der Verlängerung der fünfjährigen Übergangsfrist für die extrem tierquälende Praxis der betäubungslose Kastration über das Jahr 2018 hinaus um zwei weitere Jahre aussprachen. „Diese Haltung dokumentiert, dass die Regierung und Bundestagsmehrheit weiterhin kein wirkliches Interesse am Tierschutz haben“, empört sich Eckard Wendt, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e.V. (AGfaN). Bundeskanzlerin Merkel (seit Nov. 2005) und ihre Landwirtschaftsminister Seehofer (2005 bis 2008) und Aigner (2008 -2013) hatten es über dreizehn Jahre hinweg nicht für nötig gehalten, den Tierschutz effektiv voranzubringen. Insbesondere Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (Februar 2014 – März 2018) versäumte es, die am 4. Juli 2013 beschlossene Änderung des Tierschutzgesetzes durch die Vorbereitung politischer Entscheidungen umzusetzen. Stattdessen beugte er sich zunehmend dem Druck der Landwirtschaftslobby und gefiel sich offenbar zunehmend als Bollwerk gegen Forderungen der Tierschutzorganisationen.

„Skandalös war das Verhalten der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner (CSU), die sich während der Redebeiträge immer wieder mit Smartphone und Notebook beschäftigte“, moniert Wendt. So sei es folgerichtig, dass sie ihr Desinteresse an der Debatte sofort nach der Überweisung der Anträge an den Fachausschuss dadurch bekräftigte, dass sie sich nach Ende des Tagesordnungspunktes unverzüglich aus dem Plenarsaal entfernte.

Mit der Überweisung an den Fachausschuss, hat die GroKo Zeit geschunden. Das ab dem 1. Januar gültige Kastrationsverbot wurde damit aber nicht aufgehoben. Dazu müsste die Regierung nach jahrelanger Untätigkeit nun noch vor der Weihnachtspause ihr Vorhaben gleichsam mit der Brechstange durchsetzen. Falls ihr das nicht gelingen sollte, steht zu befürchten, dass sie massenhaften Gesetzesbruch durch die Ferkelerzeuger billigend in Kauf nimmt. Das wäre nach dem Dieselskandal ein weiterer Beleg für die Wirtschaftshörigkeit dieser Bundesregierung, die sich auf diese Weise ein weiteres Mal als Marionette „outet“, meint Tierschützer Eckard Wendt.

Verfasser: Eckard Wendt, Vorsitzender

Kontakt:  
AGfaN e.V.  
Geschäftsstelle / Pressestelle der AGfaN e.V.:  
Auf der Geest 4  
21435 Stelle  
Telefon / Fax: 04174-5181  
E-Mail: [info@tierschutz-landwirtschaft.de](mailto:info@tierschutz-landwirtschaft.de)  
Internet: [www.agfan.org](http://www.agfan.org)

Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e.V. (AGfaN), gemeinnütziger und besonders förderungswürdiger Tierschutzverein (Amtsgericht Hamburg, VR 17390). Mitgliedsbeiträge und Spenden sind gemäß Freistellungsbescheid des Finanzamtes Hamburg-Nord vom 27.04.2017 von der Steuer absetzbar (Steuernummer 17/401/08502). Bankverbindung: Spk. Harburg-Buxtehude, IBAN: DE45 2075 0000 0013 0949 58.